

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6100 –**

Nutzung sozialer Netzwerke zu Fahndungszwecken

Vorbemerkung der Fragesteller

Soziale Netzwerke im Internet wie Facebook, LinkedIn, MySpace, Twitter oder StudiVZ werden von Millionen Menschen genutzt. Von großem Interesse sind solche Netzwerke auch für Polizeibehörden, um etwa die Identität unbekannter tatverdächtiger Personen ausfindig zu machen oder das personelle Umfeld eines Verdächtigen zu erkunden.

In einem Aufsatz der Zeitschrift „Kriminalistik“ (1/2010, S. 30) nennen die Polizeidozenten Axel Henrichs und Jörg Wilhelm soziale Netzwerke „wahre Fundgruben“ für „allgemeine Ermittlungs- und Fahndungszwecke“ ebenso wie für „präventionspolizeiliche Maßnahmen“. Die Daten aus den sozialen Netzwerken seien von „hohem taktischen Nutzen“.

In eine ähnliche Richtung hatte sich 2008 die von Dr. Wolfgang Schäuble initiierte „Zukunftsgruppe“ einiger EU-Innenminister geäußert, die von einem „digitalen Tsunami“ gesprochen hatte und hiermit keine Katastrophe meinte, sondern „gewaltige Informationsmengen“, die sich Polizeien zukünftig zunutze machen sollten.

Am erfolgreichsten könnten laut der Zeitschrift „Kriminalistik“ Recherchen sein, wenn „virtuelle Ermittler“ zum Einsatz kommen. In einem im Frühjahr 2010 im Bundesministerium des Innern erarbeiteten „Konzept zur Bekämpfung linker Gewalttaten“ wird der Einsatz „virtueller Agenten“ vorgeschlagen. Beamte könnten sich durch den Aufbau von Blogs in das linke Milieu einschleusen, Diskussionen anregen und Kontakte knüpfen (www.spiegel.de/spiegel/print/d-70500966.html).

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Klaus Jansen forderte im Herbst 2010 „gesetzliche Befugnisse für offene und verdeckte Ermittlungen im Internet, speziell in sozialen Netzwerken“.

Auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hält es in seinem 23. Tätigkeitsbericht für die Jahre 2009 und 2010 aufgrund einer „Rechtsunsicherheit, in welchem Stadium der polizeilichen Recherchen im Internet von einem Eingriff in Grundrechte auszugehen ist“, für geboten,

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 12. Juli 2011 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

„Inhalt und Grenzen derartiger Befugnisse spezialgesetzlich zu regeln“ (Bundestagsdrucksache 17/5200, S. 86).

Der Wert der erlangten Informationen könnte laut dem Artikel in der Zeitschrift „Kriminalistik“ insbesondere dann erhöht werden, wenn sie mit Informationen der Polizeidatenbanken und verdeckten Ermittlungen kombiniert würden. Hierfür fehlt allerdings die rechtliche Grundlage.

Untersuchungen haben ergeben, dass Beziehungen unter Personen, Sachverhalten und Dingen ein hoher Informationsgehalt innewohnt, der demnach sogar höher liegt als abgehörte Telefongespräche. Ein Beziehungsnetz einer Gruppe kann rekonstruiert werden, wenn nur 8 Prozent ihrer Beteiligten überwacht werden. Die Beispiele zeigen sowohl die hohe Relevanz polizeilicher Durchdringung sozialer Netzwerke wie auch die Notwendigkeit der öffentlichen Aufklärung über neue Ermittlungsmethoden. Insbesondere muss ausgeschlossen werden, dass Verfolgungsbehörden ein sogenanntes Data Mining betreiben, indem Daten sozialer Netzwerke mit anderen Datensätzen (Open Intelligence oder Polizeidatenbanken) verknüpft werden. Durch dieses illegale Profiling würde sich der Informationsgehalt der fraglichen Daten beträchtlich erhöhen.

1. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung Ermittlungen in sozialen Netzwerken zur Kriminalitätsprävention- und kriminalpolizeilichen Ermittlungen bei?

Ermittlungen in sozialen Netzwerken können im Rahmen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung von Bedeutung sein, denn auch Straftäter nutzen diese Plattformen für die Begehung von Straftaten und diesbezügliche Kommunikation.

2. Welche Abteilungen bei Polizeien und Geheimdiensten des Bundes befassen sich mit Ermittlungen in sozialen Netzwerken?

Das Bundeskriminalamt (BKA), die Bundespolizei (BPOL) und der Zollfahndungsdienst nutzen bei der Kriminalitätsbekämpfung fallbezogen u. a. offen zugängliche Informationen aus sozialen Netzwerken. Es wird keine systematische und anlassunabhängige Recherche in sozialen Netzwerken durchgeführt.

BKA, BPOL und Zollfahndungsdienst verfügen über keine spezifischen Organisationseinheiten, die die Aufgabe haben, in sozialen Netzwerken zu ermitteln. Soweit Ermittlungen in sozialen Netzwerken erforderlich sind, erfolgen diese nur im Einzelfall von den auch sonst mit Ermittlungen betrauten Organisationseinheiten.

Die Nachrichtendienste sind hingegen keine Ermittlungsbehörden. Mit Ermittlungen sind daher weder Mitarbeiter betraut, noch bestehen diesbezügliche Kooperationen.

- a) Wie viele Mitarbeiter sind hierzu mit welchem Aufgabenbereich beschäftigt?

Da eine Recherche offen zugänglicher Informationen in sozialen Netzwerken nur anlassbezogen stattfindet, kann keine valide Berechnung der Personalbindung erfolgen. Spezielle Ermittlungs- und Fahndungseinheiten werden für diesen Zweck nicht vorgehalten.

- b) In welchen Bund-Länder-Arbeitsgruppen oder Kooperationen auch mit privaten Firmen, die sich unter anderem mit Ermittlungen in sozialen Netzwerken wie auch verdeckten virtuellen Ermittlungen befassen, sind welche Behörden des Bundes eingebunden?

Die Thematik „Soziale Netzwerke“ wurde bereits in nationalen polizeilichen Gremien behandelt. Sowohl die AG Kripo als auch der Arbeitskreis Innere Sicherheit (AK II) der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder befassten sich im Jahre 2009 insbesondere mit den Risiken und Gefahren im Zusammenhang mit Aktivitäten von Beschäftigten der Polizei in „sozialen Netzwerken“. Die Kommission Kriminalitätsbekämpfung (KKB) der AG Kripo thematisiert seit 2010 die Möglichkeiten polizeilicher Recherchen in sozialen Netzwerken.

Neue Erkenntnisse und Entwicklungen in Sozialen Netzwerken werden außerdem in der AG KaRIN, bestehend aus BKA, Zollkriminalamt und 7 Landeskriminalämtern, in regelmäßigen Arbeitstagen (mindestens zweimal pro Jahr) oder über einen elektronischen Verteiler ausgetauscht.

Polizeibehörden des Bundes unterhalten keine Kooperation mit privaten Firmen im Hinblick auf Ermittlungen in sozialen Netzwerken.

3. Inwieweit ist es Beamtinnen und Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) nach geltender Gesetzeslage erlaubt, als „virtuelle Ermittler“ in sozialen Netzwerken zu agieren (bitte die Rechtsgrundlage benennen), und welche Einschränkungen existieren hierzu?

Das BKA kann, lediglich gestützt auf seine Aufgabenzuweisung, personenbezogene Daten aus offenen Quellen im Internet oder durch Beobachtung eines offenen Chats erheben, solange damit kein Eingriff in Grundrechte verbunden ist. Keinen Eingriff in Grundrechte stellt es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts regelmäßig dar, wenn Beamte des BKA unter einer Legende an offener Kommunikation in sozialen Netzwerken teilnehmen, solange der Betroffene nicht schutzwürdig in die Identität des Kommunikationspartners vertraut (vgl. BVerfGE 120, 274, 346).

Trägt das BKA gezielt personenbezogene Daten zu polizeilichen Zwecken zusammen und wertet diese aus oder gleicht sie mit sonstigen Daten ab, so greift dies in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Betroffenen ein und bedarf einer Rechtsgrundlage (vgl. BVerfGE 120, 274, 346). Das BKA verfügt über entsprechende Befugnisse in § 7 Absatz 2 des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG) zur Wahrnehmung der Aufgaben als Zentralstelle, in §§ 161, 163 der Strafprozessordnung (StPO) beim Tätigwerden als Ermittlungsbehörde im Strafverfahren und in § 20b des BKAG zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus. Dieselben Rechtsgrundlagen sind maßgeblich, wenn Beamte des BKA unter einer Legende an Kommunikation in sozialen Netzwerken teilnehmen und der Betroffene auf die Identität des Kommunikationspartners vertraut. Bei der Beurteilung des Vertrauens des Betroffenen sind die äußeren Umstände maßgeblich, etwa, ob es sich um ein soziales Netzwerk handelt, in dem eine Anmeldung unter Pseudonym technisch problemlos möglich ist und von einer Vielzahl an Nutzern praktiziert wird.

Nehmen Beamte des BKA legendiert an einer Kommunikation in einer geschlossenen Benutzergruppe in einem sozialen Netzwerk teil und nutzen sie dabei Zugangsschlüssel, die sie ohne Zustimmung eines anderen Kommunika-

tionsteilnehmers erhoben haben, kann dies nur unter den Voraussetzungen der §§ 100a, 100b, 110a ff. der StPO bzw. §§ 20l, 20g Absatz 2 Nummer 5 des BKAG zulässig sein.

- a) In welchen Fällen werden Ausgeforschte im Nachhinein von einer verdeckten polizeilichen Maßnahme in Kenntnis gesetzt, bzw. aus welchen Gründen unterbleibt eine derartige Unterrichtung?

Der Einsatz von Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung oder von verdeckten Ermittlern bedarf der nachträglichen Benachrichtigung des Betroffenen gemäß § 20w Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 7 des BKAG, §§ 101 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 und 9 der StPO. Die Benachrichtigung erfolgt, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme, des Bestandes des Staates, von Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist, sowie ohne Gefährdung der Möglichkeit einer weiteren Verwendung des verdeckten Ermittlers möglich ist (vgl. § 101 Absatz 5 Satz 1 der StPO, § 20w Absatz 2 Satz 1 des BKAG). In den übrigen Fällen ist eine Benachrichtigung über die Maßnahme gesetzlich nicht vorgesehen. Beschuldigte in einem Strafverfahren erfahren auch durch Wahrnehmung des Akteneinsichtsrechts durch den Verteidiger von den durchgeführten Maßnahmen der Datenerhebung.

- b) Ist die Bundesregierung in der Lage, eine Statistik oder wenigstens eine Näherung zu liefern, wie oft digital Ausgeforschte in den letzten fünf Jahren unterrichtet bzw. nicht unterrichtet wurden?

Nein. Eine Statistikpflicht existiert für die Datenerhebung in sozialen Netzwerken nicht.

- c) Wie bewertet die Bundesregierung die vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit im 23. Tätigkeitsbericht geäußerten „Zweifel, inwieweit die vom BKA angeführten Rechtsnormen den Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht bei Ermittlungen in sozialen Netzwerken legitimieren können“?

Die Bundesregierung teilt die Zweifel des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit nicht. Zur Frage, wann polizeiliche Recherchen im Internet in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen, hat sich das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Online-Durchsuchung ausführlich geäußert (BVerfGE, 120, 274, 344-346).

4. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, besondere gesetzliche Befugnisse für offene und verdeckte Ermittlungen in sozialen Netzwerken zu schaffen?
 - a) Wenn ja, welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung?

Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit, besondere gesetzliche Befugnisse für öffentlich zugängliche Quellen zu schaffen. Die Beantwortung der Frage 4a entfällt daher.

- b) Wenn nein, aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage sind offene und verdeckte Ermittlungen in sozialen Netzwerken zulässig?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen. Weitere Rechtsgrundlagen zur Datenerhebung finden sich in den Fachgesetzen der jeweiligen Behörden.

- c) Wie bewertet die Bundesregierung die vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit im 23. Tätigkeitsbericht empfundene „Rechtsunsicherheit, in welchem Stadium der polizeilichen Recherchen im Internet von einem Eingriff in Grundrechte auszugehen ist“?

Die vom BfDI ausweislich seines 23. Tätigkeitsberichts empfundene Rechtsunsicherheit bezieht sich auf die Frage, in welchem Stadium der polizeilichen Internet-Recherche das schutzwürdige Vertrauen des Betroffenen in die Identität seines Kommunikationspartners ausgenutzt wird. Das schutzwürdige Vertrauen in die Identität des Kommunikationspartners markiert den Wechsel von der reinen Internetaufklärung, die keinen Grundrechtseingriff darstellt, hin zu einem Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, der einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Die in der Antwort zu Frage 3 angegebenen Rechtsgrundlagen setzen den Verdacht einer Straftat bzw. die Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung voraus. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3c verwiesen.

5. Inwieweit nutzt das BKA bereits soziale Netzwerke zu Ermittlungszwecken?

Eine Recherche in sozialen Netzwerken dient dem Erkenntnisgewinn über Beschuldigte in den beim BKA geführten Ermittlungsverfahren unter Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft. Werden in diesem Rahmen Benutzerkonten zu Beschuldigten in sozialen Netzwerken festgestellt, können in einem zweiten Schritt die Echtpersonalien über die Provider (z. B. facebook, StudiVZ, WKW) erhoben werden.

Im Bereich der Internationalen Fahndung/Rechtshilfe erfolgen Abfragen bei (Personen-)Suchmaschinen. Im Bereich der Gefährdungsermittlungen im Personenschutz werden anlassbezogen frei zugängliche, personenbezogene Informationen aus sozialen Netzwerken zur Verdichtung bereits vorhandener Erkenntnisse genutzt.

- a) In wie vielen Fällen waren Ermittlungen in sozialen Netzwerken ausschlaggebend bei der Aufklärung von Straftaten (bitte nach Jahren und Art bzw. Phänomenbereich der Straftaten aufschlüsseln)?

Die Ermittlungen in sozialen Netzwerken dienen lediglich als zusätzliche Erkenntnisquellen. Es ist kein Fall bekannt, in dem ausschließlich die Ermittlungen in diesen Netzwerken für die Aufklärung maßgeblich waren.

- b) In wie vielen Fällen waren Ermittlungen in sozialen Netzwerken ausschlaggebend bei der Verbrechensprävention (bitte nach Jahren und Art bzw. Phänomenbereich der Straftaten aufschlüsseln)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5a verwiesen.

6. In wie vielen und welchen Fällen sind „virtuelle Ermittler“ des BKA bereits zum Einsatz gekommen?

Das BKA setzt für eine längerfristige, gezielte Teilnahme an der Kommunikation in sozialen Netzwerken nach Anordnung der Staatsanwaltschaft sogenannte virtuelle Verdeckte Ermittler ein. Die Einsätze finden auf der Rechtsgrundlage und nach Maßgabe der §§ 110a ff. der StPO statt.

Im Rahmen der Strafverfolgung wurden innerhalb der zurückliegenden 24 Monate in sechs Ermittlungsverfahren „virtuelle“ Verdeckte Ermittler durch das BKA eingesetzt.

- a) Dürfen „virtuelle Ermittler“ zu Straftaten aufrufen, Texte mit strafbarem Inhalt verfassen oder Dateien mit strafbarem Inhalt weitergeben?

§§ 110a ff. der StPO enthalten keine Befugnis zur Begehung milieubedingter Straftaten. Damit kommen die in Frage 6a genannten Handlungsweisen für „virtuelle“ Verdeckte Ermittler regelmäßig nicht in Betracht, ausnahmsweise dann, wenn sie nach den allgemeinen Regelungen rechtmäßig sind.

- b) Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass „virtuelle Ermittler“ in der Vergangenheit jemals zu Straftaten aufgerufen oder Texte mit strafbarem Inhalt verfasst oder Dateien mit strafbarem Inhalt weitergegeben haben?

Die Preisgabe von Informationen zu konkreten verdeckten Einsätzen bei der Verfolgung von Straftaten im Internet an die Öffentlichkeit würde das schützenswerte Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer wirksamen Bekämpfung der gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen, organisierten oder schweren Kriminalität und damit das Staatswohl erheblich beeinträchtigen. Die Veröffentlichung dieser internen Vorgänge würde die Offenlegung sensibler polizeilicher Vorgehensweisen und Taktiken bedeuten. Die Frage tangiert polizeitaktische Maßnahmen, die als ultima ratio im Einzelfall in Kriminalitätsfeldern angewandt werden, bei denen von einem besonderen Maß an Konspiration ausgegangen werden muss. Die Kenntnisnahme von Informationen aus dem angeforderten Bereich durch kriminelle Kreise würde sich auf die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung außerordentlich nachteilig auswirken. Nach sorgfältiger Abwägung mit den Informationsrechten des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten kann in der Sache daher keine Auskunft in der für Kleine Anfragen nach § 104 i. V. m. § 75 Absatz 3, 76 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO BT) vorgesehenen, zur Veröffentlichung in einer Bundestagsdrucksache bestimmten Weise erfolgen. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage ist daher als „Verschlussache – Vertraulich“ eingestuft werden und kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages eingesehen werden.

- c) Legen „virtuelle Ermittler“ sogenannte Honigtöpfe aus, wie es etwa bei Ermittlungen des BKA gegen die „militante Gruppe“ mit dem Protokollieren von Zugriffen auf der BKA-Webseite als illegale Praxis offenkundig wurde?

Nein.

- d) In welchen und in wie vielen Fällen haben „virtuelle Ermittler“ selbst Webseiten oder Blogs angelegt?

In welchen und in wie vielen Fällen haben „virtuelle Ermittler“ unter falschen Identitäten Profile in sozialen Netzwerken angelegt?

Auf die Antwort zu Frage 6b wird verwiesen.*

- e) Inwieweit wurden entsprechend den Überlegungen des „Konzepts zur Bekämpfung linker Gewalttaten“ bereits „virtuelle Agenten“ der Sicherheitsbehörden in das linke Onlinemilieu eingeschleust?

Auf die Antwort zu Frage 6b wird verwiesen.*

* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

7. An welchen Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung von Software zur Analyse nicht frei zugänglicher Informationen im Internet (social networks, geschlossen Foren etc.) auf EU-Ebene sind Stellen des Bundes beteiligt, und mit welchen Partnern?

Welchen finanziellen Umfang haben diese Kooperationen, und wie sind die einzelnen Partner daran beteiligt?

BKA, BPOL und Zollfahndungsdienst unterhalten keine entsprechenden Kooperationen auf EU-Ebene.

8. In wie vielen und in welchen Fällen hat sich das BKA von Anbietern sozialer Netzwerke Zugang zu nichtöffentlichen Profilen bzw. Nachrichten geben lassen?

Das BKA hat in insgesamt vier Fällen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person (Suizidankündigung, Morddrohungen sowie Erpressung/Androhung einer Sprengstoffexplosion) Bestands- und Inhaltsdaten erhoben und an die sachbearbeitenden Dienststellen der Bundesländer weitergeleitet.

9. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Fragesteller, dass eine per Software vorgenommene Verknüpfung der in sozialen Netzwerken aufgespürter Beziehungen unter Personen und Ereignissen mit Informationen aus Polizeidatenbanken und verdeckten Ermittlungen ein unzulässiges Profiling darstellt?

Die von den Fragestellern beschriebene Verfahrensweise einer automatisierten Verknüpfung mittels spezieller Software findet bei Bundesbehörden keine Anwendung. Zu der Funktionsweise von Software zur Verknüpfung der in sozialen Netzwerken aufgespürten Beziehungen unter Personen und Ereignissen mit Informationen aus Polizeidatenbanken und verdeckten Ermittlungen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

10. Wie ist ein „Data Mining“ bzw. die Verknüpfung von im Internet ermittelten Informationen mit anderen Datensätzen geregelt?

Das in der Fragestellung genannte „Data Mining“ findet im BKA und bei der BPOL nicht statt. Auch für Recherchen durch den Zollfahndungsdienst werden keine automatisierten Tools genutzt. Es gibt keinen automatisierten Abgleich mit Fahndungsdatenbanken. Die Nutzung und Verwendung von erhobenen Daten durch Polizeibehörden des Bundes im Übrigen richtet sich nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Für „Data Mining“ bzw. die Verknüpfung von im Internet ermittelten Informationen mit anderen Datensätzen durch Nachrichtendienste gelten die allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorgaben, die für die Nachrichtendienste zum Teil durch die entsprechenden Fachgesetze wie z. B. das Gesetz über den Bundesnachrichtendienst modifiziert werden, das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz) sowie weitere rechtliche Vorgaben wie beispielsweise das Straf- oder das Urheberrecht. Behördenabhängig sind darüber hinaus Arbeitsanweisungen zu beachten.

- a) Welche Bestimmungen existieren für Polizeien und Geheimdienste des Bundes zum Erstellen eines Personenprofils anhand im Internet ermittelter Informationen bzw. mit einer Verknüpfung anderer Datensätze?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

- b) Welche Unterschiede machen entsprechende Bestimmungen hinsichtlich unterschiedlicher Kriminalitätsphänomene sowie bezüglich Strafverfolgung und Gefahrenabwehr?

Unterschiedliche Kriminalitätsphänomene haben keine Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit einer polizeilichen Maßnahme. Die Zweckrichtung der polizeilichen Maßnahme (Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr) ist entscheidend für die anzuwendende Ermächtigungsgrundlage. Insoweit wird auf die Beantwortung zu Frage 10 verwiesen.

- c) Welche Rolle spielt die Einbindung von Geodaten, und welche Bestimmungen existieren hierzu?

Die Polizeibehörden und Nachrichtendienste des Bundes nutzen personenbezogene Geodaten bzw. Standortdaten, sofern dies im Einzelfall im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Es gelten die eingangs genannten rechtlichen Vorgaben.

- d) Wie oft hat das BKA in den letzten fünf Jahren Ermittlungen geführt, in denen die Geodaten aus sozialen Netzwerken eingeflossen sind?

Die von den Fragestellern erbetene Auswertung sämtlicher Ermittlungsverfahren aus den letzten fünf Jahren ist nicht möglich, da zur Verwendung von Standortdaten aus sozialen Netzwerken keine Statistiken geführt werden.

- e) Welche weiteren Datensätze können unter technischen Gesichtspunkten eingebunden werden?

Grundsätzlich sind aus technischer Sicht Verknüpfungen denkbar und möglich, wenn entsprechende Verknüpfungskriterien existieren.

11. Kommt beim BKA spezielle Software zu Onlineermittlungen oder zur präventiven Aufhellung von deliktsspezifischen Milieus bzw. Netzwerken zur Anwendung, und wenn ja, welche?

Das BKA nutzt für seine Internetrecherchen herkömmliche Recherchertools (z. B. im Internet allgemein verwendete Suchmaschinen).

- a) Welche Software zu Onlineermittlungen oder Data Mining haben Bundesbehörden in den letzten zwei Jahren getestet?

Spezielle Software wird im BKA nicht eingesetzt. Ein „Data Mining“ im Sinne der Fragestellung (Recherche im Internet) findet im BKA nicht statt.

- b) Haben Bundesbehörden Software der Firmen rola Security Solutions GmbH, HBGary, Inc., In-Q-Tel, Inc., IBM (insbesondere Criminal Reduction Utilising Statistical History) oder TEMIS S. A. (auch zu Testzwecken) beschafft, und falls ja, wofür wurden diese eingesetzt?

Das BKA nutzt zur Auswertung und Analyse von sichergestellten, großen Datenmengen Anwendungen der Hersteller rola Security und – gegenwärtig zu Testzwecken – IBM. Mit Hilfe dieser Software werden einzelfallabhängig unterschiedliche kriminalistische Fragestellungen bearbeitet.

12. Welche Aus- und Fortbildungsangebote setzen Bundesbehörden für „virtuelle Ermittlungen“ ein?
- a) Welche Bundesbehörden haben hierzu eigene Module entwickelt, und welchen konkreten Inhalt haben diese?
- b) In welchen EU-weiten oder internationalen Institutionen oder Projekten (auch Interpol oder CEPOL) werden Angehörige deutscher Behörden in „virtuellen Ermittlungen“ unterrichtet?

Für die in der Frage genannten „virtuellen Ermittlungen“ bestehen im BKA, bei der BPOL und im Zollfahndungsdienst keine eigenen Fortbildungsveranstaltungen.

Die Europäische Polizeiakademie CEPOL und die Mitteleuropäische Polizeiakademie MEPA bieten Seminare zum Bereich Cybercrime und IuK-Kriminalität an, die auch Ermittlungen im Internet zum Gegenstand haben. Bei den Seminaren von CEPOL steht der deutschen Polizei in der Regel ein Teilnehmerplatz zur Verfügung.

Nachrichtendienste des Bundes nutzen Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich der Internetrecherche an der Schule für Verfassungsschutz.

13. An welchen Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung von Software zur Analyse nicht frei zugänglicher Informationen im Internet (social networks, geschlossen Foren etc.) auf EU-Ebene sind Stellen des Bundes beteiligt, und mit welchen Partnern?
- Welchen finanziellen Umfang haben diese Kooperationen, und wie sind die einzelnen Partner daran beteiligt?

Stellen des Bundes sind an Kooperationen im Sinne der Fragestellung nicht beteiligt. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Frage 7 verwiesen.

14. In welchen Arbeitsgruppen, privaten oder öffentlichen Institutionen sind Stellen des Bundes bezüglich „virtueller Ermittlungen“ innerhalb der EU und international beteiligt oder beziehen dort ermittelte Ergebnisse, wie es etwa „heise online“ bereits am 19. November 2008 über Interpol berichtete?
- Sind der Bundesregierung Aktivitäten des US-Militärs bekannt, mittels maschinell angelegter falscher Identitäten (sogenannte sock puppets) gefälschte Mehrheitsmeinungen im Internet vorzuspiegeln (Guardian, 17. März 2011), und falls ja, welche Stellen des Bundes forschen hierzu bzw. haben sich mit Ergebnissen anderer Forschungen befasst?

Das Thema Soziale Netzwerke wurde in der Sitzung der EU-Ratsarbeitsgruppe „Strafverfolgung“ (Law Enforcement Working Party – LEWP) am 13. Mai 2011 angesprochen. Die ungarische Ratspräsidentschaft stellte einen „Vorschlag zu Leitlinien für die Nutzung ‚sozialer Netzwerke‘ durch Strafverfol-

gungsbehörden und ihre Mitarbeiter vor. Für weitere Einzelheiten wird auf den Bericht der Bundesregierung zu dieser Sitzung verwiesen, der dem Bundestag vorliegt.

Zu den von den Fragestellern benannten angeblichen Aktivitäten des US-Militärs liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*